



HESSISCHER LANDTAG

14. 02. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Kündigung des INF-Vertrages birgt große Gefahr für die Menschheit - Ein neues atomares Wettrüsten muss verhindert werden - Klares Zeichen für ein Verbot von Atomwaffen und für Frieden und Abrüstung setzen

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Hessische Landtag zeigt sich in großer Sorge über die einseitige Aufkündigung des INF-Vertrages (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) durch den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump und die daraus resultierende Bedrohung der Menschheit durch ein neues nukleares Wettrüsten.

Der Hessische Landtag stellt fest, dass der Fortbestand von Atomwaffen eine der größten Gefahren für die Sicherheit der gesamten Menschheit ist, und bekräftigt, in Verantwortung allen staatlichen Handelns dafür zu sorgen, dass Atomwaffen beseitigt werden und jeder Einsatz dieser Waffen verhindert wird.

Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass die Menschen in Hessen wie überall auf der Welt das Recht auf ein Leben frei von der Bedrohung durch Atomwaffen haben müssen.

Der Hessische Landtag begrüßt den ICAN-Städteappell (*#ICANSave meine Stadt*) des Friedensnobelpreisträgers international campaign to abolish nuclear weapons, dem sich bereits Städte wie Los Angeles, Manchester, Sydney und Mainz angeschlossen haben.

Der Hessische Landtag erinnert an Art. 69 der Hessischen Verfassung: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Der Hessische Landtag begrüßt, dass im Rahmen der Vereinten Nationen (UN) 2017 ein „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ verabschiedet worden ist.

Der Hessische Landtag unterstützt, dass hessische Mitglieder des Deutschen Bundestags und des Hessischen Landtags die ICAN-Abgeordnetenerklärung unterzeichnet und damit gelobt haben, als Abgeordnete auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses Vertrages durch Deutschland hinzuwirken, weil sie die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker betrachten.

- II. Der Hessische Landtag ruft die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, den „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ zu ratifizieren.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, an die Bundesregierung zu appellieren, aus der NATO-Strategie der „nuklearen Teilhabe“ auszusteigen und zukünftig einen Einsatz von Atomwaffen durch Bundeswehrgeschäfte weder einüben zu lassen noch Trägersysteme dafür bereitzustellen und auch keine anderweitige Unterstützung für den Einsatz oder die Vorbereitung des Einsatzes zu leisten.

Der Hessische Landtag appelliert an die Landes- und Bundesregierung, sich für einen Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Büchel in der Eifel einzusetzen und keine Stationierung neuer US-amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zuzulassen.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für ein Verbot der Urananreicherung und Zentrifugenforschung einzusetzen. Der Export von Atomwaffentechnik aus Deutschland muss aufhören.

Der Hessische Landtag ruft hessische Städte, Gemeinden und Landkreise auf, sich dem ICAN-Städteappell anzuschließen. Der Hessische Landtag sieht in dieser Initiative einen wichtigen Beitrag zur internationalen Ächtung und Beseitigung von Atomwaffen.

Begründung:

Der Vertrag zur Begrenzung landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen, die einst von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vereinbart wurde, ist von US-Präsident Donald Trump einseitig aufgekündigt worden. Durch diesen Schritt ist ein Grundpfeiler der Sicherheit in Europa untergraben und die Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens noch größer geworden. Der INF-Vertrag muss erhalten werden. Dazu sind vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den USA und Russland notwendig. Die Konfrontationspolitik der USA gegenüber Russland muss beendet werden. In Europa dürfen keine neuen Atomraketen stationiert werden, weder US-amerikanische noch russische. Die Bundesregierung muss friedenspolitisch Verantwortung übernehmen. Dazu gehören die Unterzeichnung des internationalen Vertrags über ein Verbot von Atomwaffen und ein Verzicht auf die nukleare Teilhabe sowie der Einsatz für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel in Rheinland-Pfalz. Vor diesem Hintergrund ist der Hessische Landtag gehalten, ein unmissverständliches Zeichen für die Ächtung und Beseitigung der Atomwaffen in der Welt zu setzen und friedenspolitische Aufklärung und Engagement zu würdigen und zu unterstützen.

Wiesbaden, 14. Februar 2019

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske